



Schwäbisch Gmünd, 29.04.2015  
Gemeinderatsdrucksache Nr. 101/2015

Vorlage an

**Gemeinderat**

zur Beschlussfassung  
- öffentlich -

**Freihandelsabkommen**

**hier: Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke**

**Anlagen:**

1. Vorlage 288/2014 und Protokollauszug der Sitzung vom 28.01.2015
2. Resolution des Kreistages vom 24.03.2015

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat schließt sich der Resolution des Kreistages vom 24.03.2015 zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP und damit dem vom Deutschen Städtetag, Deutschen Landkreistag, Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmer e. V. verabschiedeten „Gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ an.

Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd fordert die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf, sich im Rahmen der Verhandlungen zum TTIP in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden bei der EU-Kommission für die Belange der Kommunen und die von den kommunalen Spitzenverbänden formulierten Forderungen und dem „Gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ einzusetzen.



**Sachverhalt und Antragsbegründung:**

Mit Datum vom 20.11.2014 haben die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke beantragt, einen Beschluss über die Ablehnung der Freihandelsabkommen zu fassen und eine Debatte über mögliche Konsequenzen der Abkommen zu führen.

In der Gemeinderatssitzung am 28.01.2015 hat Herr Martin Kaspar von der Landesvertretung Baden-Württemberg Bericht über die Freihandelsabkommen generell und über den Stand der Verhandlungen informiert.

Am 23.03.2015 hat der Kreistag des Ostalbkreises eine Resolution zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP beschlossen. Diese Resolution ist in der Anlage beigefügt und stellt die erwarteten positiven und möglichen negative Konsequenzen aus diesem Abkommen ausführlich dar (siehe Anlage). Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat sich der Resolution des Kreistages anzuschließen.

Die Befassungskompetenz des Gemeinderats ist nach der Auffassung des Deutschen Städtetages gegeben.